



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 1. Dezember 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 298 Postulat Peyer Ludwig und Mit. über die Stärkung der Jungwaldpflege zum Zweck der nachhaltigen Wiederbewaldung der Luzerner Wälder, damit der Wald seine CO₂-Speicherkapazität behalten und stärken kann / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Ludwig Peyer hält an seinem Postulat fest.

Ludwig Peyer: Unser Wald ist der beste Klimaschützer. Die ganze Diskussion um den Wald und um das Holz ist also nicht nur eine monetäre, sondern auch eine Diskussion um Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Das hat die Regierung erkannt und für das Postulat P 299 über die Stärkung der Holzkette Erheblicherklärung beantragt. Für das vorliegende Postulat hat sie immerhin teilweise Erheblicherklärung beantragt, obwohl wir uns in der Stossrichtung nicht unterscheiden. Deshalb bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären. Der Wald hat eine wichtige Schutzfunktion beim Klimawandel, indem er CO₂ bindet und sogar eine Senkleistung erbringen kann. Diese Leistung kann aber nur ein gesunder Wald vollbringen, und unser Wald ist leider nicht so gesund, wie er sein sollte. Er braucht unsere Hilfe. Unser Wald ist durch Trockenheit, Stürme, Unternutzung und Überalterung geschwächt. Gehen Sie einmal selber in den Wald, und sehen Sie ihn sich an. Vielleicht feiern Sie ja gemäss Aufruf des Bundes die diesjährige Weihnacht im Wald. Dort werden Sie Fichtenrinden sehen voller kleiner Löcher, dort ragen abgedorrte Stämme in den Himmel, und ganze Waldflächen sind komplett braun, und das bereits seit dem Sommer. Es sehen nicht alle Nadelbäume so schön aus wie die zwei Weihnachtsbäume in diesem Saal. Wir stecken in einem Teufelskreis. Je mehr Käfer es gibt und Sturmholz am Boden liegt, desto mehr Holz muss weg, desto mehr Holz kommt auf den Markt, und desto tiefer wird der Preis. Das verunmöglicht vielen die Wiederaufforstung, weil schlicht kein Geld vorhanden ist. Die Jungwaldpflege ist intensiv und teuer, man kann nicht einfach pflanzen und dann zuschauen. Diese beiden Bäume hier wären nicht so hoch geworden, wenn sie nicht in den ersten Jahren vor dem Wild geschützt worden wären. Der Regierungsrat begründet die teilweise Erheblicherklärung damit, dass der Kanton kein eigenes Förderprogramm finanzieren wolle. Das wollen auch die Postulanten nicht, davon steht nichts im Postulat. Wir fordern schlicht und einfach mehr Mittel für die Jungwaldpflege und lehnen uns an die Bestrebungen des Bundes an, dort sind entsprechende Vorstösse vorhanden. Senden wir mit der Erheblicherklärung nach aussen eine klare Botschaft und nicht eine halbherzige. Diese klare Botschaft lautet: Wir stärken den Wald. Das wollen wir doch alle.

Ruedi Amrein: Sie haben in diesem Rat aus aktuellem Anlass schon viel über den Wald gehört. Ich möchte nur noch etwas die Zusammenhänge aufzeigen. Der Klimawandel setzt unserem Wald zu. Die heutigen Baumarten wie die Fichte werden bei uns in den Tallagen

verschwinden und sich in höhere Regionen zurückziehen. Im zukünftigen Wald benötigen wir andere Bäume, beispielsweise Eichen oder Douglasien. Diese müssen aber jetzt gepflanzt werden. Sie können nicht auf Naturverjüngung zählen. Im Kanton Luzern haben wir viele Privatwaldbesitzer, von denen viele den Wald im Moment ruhen lassen. Es wird nichts mehr gemacht, weil daran nichts mehr verdient wird. Ludwig Peyer hat das soeben erklärt. Das bedeutet, dass nach Sturm-, Käfer- oder Trockenheitsschäden nicht aufgeforstet wird. Man vertraut jetzt auch auf die Naturverjüngung, aber diese funktioniert nicht, weil dann eben die falschen Bäume wachsen. Im Kanton Luzern gibt es noch die spezielle Situation, dass wir einen hohen Anteil Privatwaldbesitzer haben. Die öffentlichen Waldbesitzer nehmen ihre Aufgaben noch wahr, der Privatwaldbesitzer bei zu geringer Wirtschaftlichkeit nicht. Die Regierung will etwas unternehmen, im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) sind in den nächsten Jahren 50 000 Franken eingestellt, und es wird erwähnt, dass das noch mehr kosten würde. Die Differenz entsteht dadurch, dass die Regierung dies mit dem Bund zusammen, an den Vorstösse überwiesen wurden, lösen will, und im Postulat denken wir, dass der Kanton Luzern selber aktiver werden sollte. Die FDP-Fraktion unterstützt die teilweise Erheblicherklärung. Sie zählt also auf die Mithilfe des Bundes. Eine kleine Minderheit wird für die Erheblicherklärung stimmen. Ich empfehle Ihnen, das Gleiche zu tun.

Monique Frey: Die Förderinstrumente in der Waldpflege sind vielfältig. So wird zum Beispiel bei der Käferbekämpfung der Schutzwald unterstützt, aber nicht der Wirtschaftswald, aber bei der Jungwaldpflege unterstützt der Kanton breit, er hat aber zu wenig finanzielle Mittel. Jetzt müssen wir zurückschauen. Was ist massgebend im Zusammenhang mit der Beantwortung dieses Postulats? Die regionalen Waldorganisationen (RO) haben den Wald zu einem Wirtschaftsraum gemacht, zu einem Profitzentrum mit geringer Profitrate. Das wurde vor Jahren hier im Kantonsrat beschlossen, und schon damals gab es viele Sprecherinnen und Sprecher, welche die Waldwirtschaft intensiv gefördert haben. Damals wurde versprochen, dass die RO alles besser machen würden und dies zum Vorteil des Kantons Luzern sei. Was passiert jetzt? Kaum taucht ein Problem auf, wird nach mehr Staatsbeiträgen gerufen. Im Grundsatz bestreiten die Grünen und Jungen Grünen zwar nicht, dass es Subventionen auch im Bereich des Waldes braucht, um den Schutzwald zu unterstützen. Wir anerkennen auch die wichtige Rolle des Waldes als CO₂-Speicher, als Lieferant von CO₂-neutralem Baumaterial, aber natürlich auch als Träger der regionalen Wärmeenergie. Ich möchte Sie aber noch daran erinnern, dass wir im Januar über die Biodiversitätsstrategie diskutiert haben. Die dort beschlossene Förderung des Waldreservats ist stark in Verzug. Eigentlich sollten bis 2030 10 Prozent des Waldes als Waldreservat dienen, aktuell stagnieren wir im Kanton Luzern aber seit Jahren bei 5 Prozent. Dort sind die Waldbesitzer nicht bereit, Hand zu bieten. Dort spielen sie ihre volle Verfügungsgewalt aus. So geht das nicht. Es gab in der G/JG-Fraktion Stimmen, welche das Postulat ablehnen wollten. Das geht nicht, ohne Nutzungsvorschriften einzuführen. Die Mehrheit der G/JG-Fraktion stimmt jedoch für die teilweise Erheblicherklärung.

Sara Muff: Natürlich haben wir Verständnis für das Anliegen der Holzwirtschaft. Wir sehen auch, dass es dem Wald schlecht geht. Dies ist aber unter anderem auch wegen der Bewirtschaftung der letzten Jahrzehnte so. Wenn wir unsere Wälder genau betrachten, dann sehen wir meist Monokulturen, oft Fichtenwälder. Monokulturen sind weniger resilient gegenüber exogenen Stressoren geologischer, aber auch wettertechnischer Art. Die Bäume werden sehr dicht beieinander gepflanzt. Sie leiden unter Wasserstress und werden noch anfälliger für den Borkenkäfer. Die Arbeit mit schweren Maschinen verdichtet den Waldboden und stört die Bodenvorgänge. Auch der diffuse Stickstoffeintrag aus der Landwirtschaft setzt unseren Wäldern zu. Die Wurzeln reichen nicht mehr genügend in die Tiefe, sie halten den Winden nicht mehr stand. Die Konsequenzen, welche dann ein Sturm hat, mussten wir beim Sturmtief «Burglind» schmerzhaft erfahren. Und wieder soll dann der Borkenkäfer das Problem sein. Nein, das Problem ist die Art und Weise der Bewirtschaftung. Der wertvolle Aspekt der Artenvielfalt wurde in der Bewirtschaftung oft nicht ausreichend gewichtet. Wenn wir einen für die Zukunft widerstandsfähigen Wald wollen, dann müssen wir die Faktoren der Artenvielfalt berücksichtigen und nicht plötzlich Monokulturen mit

Douglasien pflanzen. Wir pflanzen jetzt die Bestände für die nächsten 30 bis 50 Jahre. Die Bedeutung von Holz wird in der Zukunft zunehmen. Wir wissen heute noch nicht, welche Ansprüche wir dann an den Rohstoff Holz haben werden. Holz erlebt gerade einen regelrechten Boom wegen der positiven Materialeigenschaften und als CO₂-neutraler, lokaler Rohstoff. Übrigens wurde für das Verwaltungsgebäude am Seetalplatz ein Projekt eingegeben, welches gänzlich aus Holz gewesen wäre, aus Baubuche, welche sich von den Eigenschaften her perfekt für die Realisierung grosser Gebäude eignet. Wir hätten dieses Holz jedoch importieren müssen. Die SP-Fraktion wird der teilweisen Erheblicherklärung zustimmen. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme ausführt, sind mehrere Forderungen des Postulats bereits erfüllt. Auch im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) ist bereits eine Aufstockung der Mittel vorgesehen, und klimatolerante Baumarten werden seit dem Frühling 2020 im Kanton gefördert. Mehrere Themen dieses Vorstosses sind Teil des Planungsberichtes Klima, welcher aktuell erarbeitet wird und dessen 170 Seiten ich gerne lesen werde. Aus Sicht der SP ist es wichtig, mit einem resilienten Wald in die Zukunft zu gehen, erfüllt dieser doch zentrale Funktionen für die Artenvielfalt und den Klimaschutz, aber auch für die Wirtschaft. Wir wünschen uns daher, dass auch bei der Bewirtschaftung in eine neue Richtung gedacht wird. Nur mit mehr finanziellen Mitteln bringen wir die Luzerner Waldwirtschaft nicht aus der Krise.

Urs Brücker: Das Postulat fordert massiv mehr Fördergelder für die Pflege des Jungwalds einerseits und andererseits zusätzliche Förderinstrumente wie Schlagräumung zugunsten der Naturverjüngung, das Setzen von klimatoleranten Baumarten und die Pflege standortgerechter Stangenhölzer von 20 bis 30 Zentimetern Brusthöhendurchmesser. Zudem soll nicht nur der Schutzwald, sondern auch der Wirtschaftswald von solchen Fördergeldern profitieren können. Der Regierungsrat führt in seiner Stellungnahme aus, dass man allein für die Jungwaldpflege Fördergelder von mindestens 300 000 Franken zusätzlich bräuchte, auch wenn das Anpflanzen von Beständen, die im Vergleich zu natürlich gewachsenem Jungwald sehr viel teurer sind, nur sehr zurückhaltend ausgeführt würde. Im AFP 2021–2024 sind in dieser Position bekanntlich nur 50 000 Franken zusätzliche Mittel eingestellt. Der Regierungsrat hält in seiner Antwort fest, dass die flächendeckende Finanzierung von all diesen Fördergegenständen gemäss dem Postulat durch den Kanton allein nicht zu stemmen ist. Er verweist dabei auf die Abstimmung mit den laufenden und vor allem neuen Bundesprogrammen im Waldbereich. Die GLP ist sich voll bewusst der hohen Bedeutung des Waldes als CO₂-Speicher und der Tatsache, dass gerade Jungwald überdurchschnittlich viel CO₂ absorbiert und damit einen wichtigen Beitrag zum Ziel «Netto null 2050» leisten wird. Ebenso sehen wir aber auch das vom Regierungsrat ins Feld geführte Finanzierungsargument und folgen deshalb dem Antrag der Regierung. Die GLP-Fraktion stimmt für die teilweise Erheblicherklärung.

Willi Knecht: Für die SVP sind die Argumente der Regierung nachvollziehbar, darum unterstützen wir die teilweise Erheblicherklärung des Postulats. Obwohl sich der Wald in diesem Jahr leicht erholen konnte und es regionale Unterschiede gibt, sind doch die Waldschäden des letzten Jahres durch Sturm, Trockenheit und Borkenkäfer massiv. Die Unternutzung des Waldes und die mangelnde Waldpflege haben aber ebenfalls zu dieser schwierigen Ausgangslage beigetragen. Bekanntlich kann auch nur ein gesunder und genutzter Wald viel CO₂ speichern. Eine Stärkung der Jungwaldpflege ist darum richtig. Die Regierung war bisher nicht untätig, es laufen bereits Projekte. Im AFP sind jährlich 50 000 Franken eingestellt, was jedoch vermutlich künftig nicht reichen wird. Darum sind eine Prüfung und eine Weiterentwicklung der Jungwaldpflege zusammen mit dem Bund sinnvoll. Ich äussere mich auch noch zum Postulat P 299, welches diskussionslos erheblich erklärt werden wird. Der Holzmarkt ist bekanntlich aus mehreren Gründen am Boden. Eine Stärkung der Holzkette von Nutz- und Energieholz ist darum mit allen verfügbaren Mitteln zu unterstützen. Wir sind hier aber selbstkritisch und befürchten, dass das Ganze nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist, solange ausländisches Bauholz ungehindert den Schweizer Markt überschwemmt und die Rahmenbedingungen im Energieholz nicht verbessert werden. Das angestrebte Ziel wird nur schwer zu erreichen sein. Die

Holzheizungen wurden in den letzten Jahren zu stiefmütterlich behandelt. Das Ergebnis sehe ich in meinem Umfeld. Ich kenne mehrere Landwirte, welche ihre Heizung bei einem Um- oder Neubau ihres Hauses saniert haben. Aufgrund der Rahmenbedingungen und der gesetzlichen Auflagen haben aber die meisten keine Holzheizung mehr eingebaut, obwohl alle selber Waldbesitzer sind. Anstatt in die Holzpflege vor der Haustür wird nun in eine Wärmepumpe investiert, die notabene viel Strom verbraucht. Das ist aus meiner Sicht Ressourcenverschwendung. Es besteht in diesem Bereich ein grosses Verbesserungspotenzial. Ich appelliere darum an diesen Rat und auch an den Regierungsrat, hier künftig das brachliegende und vernachlässigte Potenzial des Waldes mit entsprechenden Rahmenbedingungen zu verbessern.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der Wald hat mit seiner CO₂-Speicherkapazität im Zusammenhang mit dem Klimawandel eine grosse Bedeutung; das werden Sie ebenfalls im viel zitierten Bericht im nächsten Jahr lesen können. Damit der multifunktionale Wald im Klimawandel bestehen kann, braucht es in den nächsten Jahren grosse Anstrengungen zugunsten der Baumartenvielfalt und der sich verändernden Bedürfnisse. Besonders wichtig ist auch die Jungwaldpflege. Ich teile die Auffassung von Kantonsrat Ludwig Peyer, dass das, was heute nicht gepflanzt wird, morgen und übermorgen fehlt. Wir haben aber natürlich auch beschränkte Mittel, die wir vonseiten des Kantons einsetzen können. Gepflanzte Flächen sind rund 6,5-mal teurer als Naturverjüngungen, die selber entstehen. Weil die Mittel weiterhin knapp sein werden, hat der organisierte Wald bei der finanziellen Unterstützung Vorrang und damit auch der Schutzwald. Gesuche von Waldeigentümern ohne Forstfachpersonen können nur erfüllt werden, wenn die verfügbaren Mittel für den organisierten Wald nicht ausgeschöpft sind. Die im Postulat geforderte Unterstützung der Schlagräumung ist auf bestimmten Flächen bereits möglich. Wichtig ist, dass die kantonalen Anpassungen auf jene des Bundes abgestimmt sind. Dafür setzen wir uns ein, denn so ist auch die Finanzierbarkeit besser gewährleistet. Das Bundesparlament verlangt übrigens vom Bundesrat eine Gesamtstrategie für die Anpassung des Waldes an den Klimawandel. Wenn das CO₂-Gesetz eine allfällige Referendumsabstimmung übersteht, dann gibt es auch den sogenannten Klimafonds, bei dem auch wieder Beiträge für den Wald reserviert sein werden. Wir haben an der letzten Session den AFP und entsprechende Anträge beraten. Ich kann nun im Rahmen des AFP noch ein bisschen schieben, aber nicht viel. Ich bitte Sie, das zu akzeptieren. Bitte berücksichtigen Sie auch, dass der Luzerner Wald vor allem privaten Eigentümern gehört. Die notwendigen Investitionen müssen natürlich auch von diesen getragen werden. Eigentum bedeutet Rechte und Pflichten. Es ist mir bewusst, dass es nicht wirtschaftlich ist, aber trotzdem hat man als Eigentümer Verantwortung zu übernehmen. Wir werden aber weitere Lösungen suchen. Das Thema ist mir wichtig, und ich habe Gespräche mit den Waldorganisationen geführt. Weitere Optimierungen sind nötig. Da wir voraussichtlich nicht über das nächste Postulat sprechen werden, möchte ich Ihnen noch sagen, dass wir noch dieses Jahr ein Projekt «Offensive Holz» starten werden, um eben die ganze Wertschöpfungskette zu verstärken. Das soll auch für die Naturverjüngung und für die Artenvielfalt im Wald hilfreich sein, kombiniert mit dem Anliegen von Willi Knecht für die Nutzung des Holzes, sei es als Energieträger oder Baumaterial. Ich bitte Sie, den Antrag der Regierung auf teilweise Erheblicherklärung zu unterstützen.

Der Rat erklärt das Postulat erheblich.